



02.02.2018: Am 23. Januar begannen die Tarifverhandlungen zwischen der Deutschen Post AG und dem ver.di-Fachbereich 10, der 130.000 Beschäftigte vertritt. 6% mehr Gehalt und Ausbildungsvergütung fordert die Gewerkschaft sowie die Möglichkeit, einen Teil davon in freie Zeit umwandeln zu können. Eine jährlich nach einer „Leistungsbeurteilung“ gezahlte Prämie soll künftig auf 12 Monate verteilt werden. Zudem verlangt ver.di die Übernahme der Ergebnisse für die bei der Post arbeitenden 32.000 Beamten. Obwohl die Kapitaleseite die Forderungen kannte, kam von ihr – wie üblich – zunächst mal kein Angebot. Ab 6. Februar soll in Berlin weiter verhandelt werden.

Zwar liegen die konkreten Zahlen für 2017 noch nicht vor, aber ein Plus gegenüber 2016 wird erwartet. Der Gewinn stieg da um 45% auf 3,491 Mrd. Euro, für 2017 werden 3,75 Mrd. erwartet. Konzernchef Appel konnte 9,934 Mio. privat einstreichen, die Aktionäre sich über das Dividenden-Plus von 75% seit 2009 freuen, die Beschäftigten hingegen unter zunehmender Arbeitsverdichtung ächzen. Einen höheren Anteil an dem allein von ihnen Erarbeitetem sollen sie aber nicht erhalten. Ver.di zitierte Arbeitsdirektor Ogilvie von der Deutschen Post DHL: „Ich sehe (...) nur einen sehr engen Spielraum für die anstehende Lohnrunde etwa in Höhe der aktuellen Inflationsquote.“

Auch deshalb stimmt ver.di seine Mitglieder schon auf Warnstreiks ein und beugt der üblichen Unternehmerpropaganda durch Infos über das Streikrecht der Mitglieder vor. Beamte sollen sich nicht an rechtswidrigen Streikbrechereinsätzen beteiligen. Das Gros von ihnen ist im einfachen und mittleren Dienst beschäftigt, sieht man von ihrer Unkündbarkeit ab, unterscheidet sich ihre Lage nicht grundsätzlich von der der Tarifbeschäftigten. Für sie fordert ver.di auch die Fortschreibung der Postzulage, 2015 400 Euro, 2016 um 2,0 und 2017 um 1,7 Prozent erhöht.

Der ständig wachsende Arbeitsdruck läßt auch bei der Post, wie schon bei der Bahn und in der Metall- und Elektroindustrie, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen wieder auf Resonanz stoßen. So haben 60% der EVG-Mitglieder, sogar 80% jener im Betriebsdienst mit Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit, sich für mehr Urlaub statt mehr Lohn entschieden. Auch wenn das keine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ersetzt, kommt doch wieder Schwung in diesbezügliche Diskussion. Deshalb ist hier mit besonderem Widerstand der Bosse zu rechnen. Ohne Kampfbereitschaft, ohne diese in die Waagschale zu werfen, wird nichts gehen.

Tarifverhandlungen bei der Post

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Freitag, 02. Februar 2018 17:28

txt: Volker Metzroth